

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/0228/2006/1

Auskunft erteilt:

Herr Köhnke

Ruf:

492 70 53

E-Mail:

koehnkej@stadt-muenster.de

Datum:

24.05.2006

Betrifft

Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen

Beratungsfolge

30.05.2006	Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern u. ausländischen Flüchtlingen	Vorberatung
30.05.2006	Bezirksvertretung Münster-Mitte	Anhörung
31.05.2006	Ausländerbeirat	Vorberatung
08.06.2006	Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft	Vorberatung
14.06.2006	Bezirksvertretung Münster-West	Anhörung
14.06.2006	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Vorberatung
20.06.2006	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung	Vorberatung
21.06.2006	Hauptausschuss	Vorberatung
21.06.2006	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Auf dem Areal des damaligen Landesveterinäramtes an der Von-Esmarch-Straße werden ca. 30 bis 40 Plätze für die Erstunterbringung von jüdischen Emigranten errichtet.
2. Abweichend von den bisherigen Regelungen wird die Einrichtung durch einen Investor auf dem Areal der Von-Esmarch-Straße errichtet. Die vom Rat beschlossenen Richtlinien über die baulichen Standards in Übergangwohnheimen für Flüchtlinge der Stadt Münster vom 19.12.2001 finden hier keine Anwendung.
3. Die Einrichtung wird so gebaut, dass entsprechend des sich abzeichnenden langsam sinkenden Bedarfes, Wohneinheiten sukzessiv an den Investor zurückgegeben werden können.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mietkonditionen mit dem Investor auszuhandeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Kosten/Folgekosten

Die Vorlage der Liegenschaftsverwaltung wird die Miet- und Mietnebenkosten der Einrichtung beinhalten.

Begründung:

In der konkreten Planungsphase des Projektes hat sich herausgestellt, dass als Ersatzstandort für den "Lindenhof" neben dem in der Hauptvorlage vorgesehenem Standort "Prins-Claus-Kaserne" auch der Standort "Von-Esmarch-Straße" in Betracht kommt. Da bei gleichen Rahmenbedingungen die Anmietung an diesem Standort erheblich kostengünstiger ist, schlägt die Verwaltung unter Konsolidierungsgesichtspunkten mit dieser Ergänzungsvorlage vor, als Ersatzstandort den Standort "Von-Esmarch-Straße" zu wählen. Mit der Fertigstellung des Bauvorhabens ist etwa Ende 2006 zu rechnen. Mit Aufgabe des bisher reservierten Einrichtungsstandortes "Gasselstiege" wird festgestellt, dass ein Standort nördlich Innenstadt für die Zukunft eher unwahrscheinlich ist.

Die weiteren im Mediationsprozess ausgehandelten Parameter zur Beurteilung der Standorte sind weitestgehend vergleichbar. Wegen der nunmehr geplanten Bebauung im Stadtbezirk West wurde durch die Verwaltung im Vorfeld der Vorlagenerstellung die Zustimmung der Beteiligten des Mediationsprozesses sowie ausdrücklich die Zustimmung der Jüdischen Kultusgemeinde eingeholt. Im Bezirk West wird die Einrichtung Philippistraße geschlossen.

Der Investor hat in Gesprächen mit der Verwaltung sein Interesse bekundet alternativ an diesem Standort die Einrichtung einzugliedern und den Bau selbst zu übernehmen. Dies würde dem aktuell gültigem Beschluss Nr. 817 / 01 des Rates zur Unterbringung von Flüchtlingen, der eine öffentliche Ausschreibung vorsieht, für diesen Standort widersprechen. Da die Stadt jedoch hier anders als an anderen Standorten nicht Grundstückseigentümerin ist und das qualitative Ziel des Vorhabenträgers mit der Stadt übereinstimmt, soll durch Teilaufhebung des gültigen Beschlusses eine Direktvergabe zugelassen werden, vorbehaltlich eines Mietpreisangebotes durch den Vorhabenträger, das im Rahmen der üblichen Konditionen liegt.

I. V.

gez.
Dr. Wolf Heinrichs
Stadtrat